

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
Telefax 041 210 65 73
buwd@lu.ch
www.lu.ch

	z K	Federf.	Mitint.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KOM				<i>Willems</i>
BFE				Termin
OFEN				
UFE				Kopie
AEE				Akten-Nr.
AEW				
ARS				Erledigt
ELC				

29. Jan. 2013

Bundesamt für Energie
Sektion BP
3003 Bern

Luzern, 25. Januar 2013

Protokoll-Nr.: 108

Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. September 2012 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur obgenannten Vorlage Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern mit der von der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) verabschiedeten konsolidierten Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050 vom 9. Januar 2013 weitgehend einverstanden ist. Es ist uns aber wichtig, gegenüber dem Bund in folgenden Punkten eine akzentuierte Stellungnahme abzugeben:

Unterstützung der Energiestrategie 2050

Der Kanton Luzern nimmt zu der vom Bundesrat vorgeschlagenen Energiestrategie 2050 eine deutlich unterstützende Haltung ein. Deren Ziele und Stossrichtung decken sich mit dem vom Kanton Luzern und vielen andern Kantonen und Gemeinden eingeschlagenen Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Das Luzerner Kantonsparlament hat diese Zielsetzung bereits mit dem Planungsbericht Energie 2006 unterstützt. Angesichts der grossen ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen ist eine Federführung des Bundes in der schweizerischen Energie- und Klimapolitik sachlich und politisch richtig. Wenn die Energiewende zeitgerecht umgesetzt werden soll, sind die langfristigen Rahmenbedingungen rasch zu klären.

Ausrichtung auf marktwirtschaftlich orientierte Steuerungsinstrumente

Die Energiestrategie 2050 stellt die Weichen für eine neue schweizerische Energiepolitik. Das ist die Chance, bestehende Instrumente und Massnahmen einer Überprüfung hinsichtlich der strategischen Ausrichtung, der Effizienz und Effektivität und auch der Vollzugsstrukturen und Kompetenzzuordnung zu unterziehen. Dies trifft sowohl auf seit langem existierende Instrumente zu wie die steuerlichen Anreize für Energiesparinvestitionen in Liegenschaften, wo wir den Bundesrat unterstützen im Bestreben, durch eine zeitliche Erstreckung der steuerlichen Abzugsfähigkeit den heutigen Fehlanreiz zu blossen Teilsanierungen zu beseitigen, wie auch auf die Förderinstrumente jüngeren Datums wie die KEV oder das Gebäudeprogramm. Mit der EnDK sind wir der Meinung, dass frühzeitig auf die marktorientierten

Rahmenbedingungen der zweiten Etappe der neuen Energiestrategie ab 2020 hinzuarbeiten ist.

Optimale ziel- und wirkungsorientierte Zuständigkeiten

Die Umsetzung der in der Energiestrategie vorgesehenen Massnahmen fordert von allen Akteuren, den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und den Behörden aller Staatsebenen eine Umorientierung und tatkräftiges Handeln. Umso wichtiger ist es, dass die Zuständigkeiten, Verfahren und Vollzugsprozesse optimal auf die Erreichung der Ziele ausgerichtet sind. Die EnDK sieht beispielsweise Handlungsbedarf bei den Bewilligungsverfahren für Anlagen der Wasser- und der Windkraft. Anlässlich der fundamentalen Weichenstellung mit der Energiestrategie 2050 in der Energiepolitik ist es richtig und wichtig, die diesbezüglichen Optimierungspotenziale auch in der Zuständigkeitsordnung zwischen Bund und Kantonen zu klären. Dazu ist die Gesetzgebung anzupassen. Darin sind auch die Ziele und Gewichtungen zu anderen und konkurrierenden Werten festzulegen.

Etappierung

Das Vorgehen in zwei Etappen birgt die Gefahr, dass notwendige Weichenstellungen, die vor allem aus klimapolitischen Gründen dringend sind, zu lange verzögert werden. Der Übergang von einer Politik mit Planungen, Anreizen (KEV, Gebäudeprogramm, etc.) und Effizienzverpflichtungen (CO₂-Ausstoss, Elektrizität) hin zu einer Politik mit stärkerer, ökonomischer Lenkung (mit Lenkungsabgaben und einer ökologischen Steuerreform) und mit klaren regulatorischen Rahmenbedingungen (z.B. im Gebäude- und Mobilitätsbereich) sollte so rasch als möglich vorangetrieben werden. Für eine Übergangszeit sind wir aber mit dem vorgeschlagenen Instrumentenmix im Wesentlichen einverstanden.

Kernenergie

Im Bereich der Kernenergie befürworten wir das vorgesehene Verbot von neuen Rahmenbewilligungen. Allerdings sollte mit dem vorliegenden Gesetzespaket auch das Vorgehen zur Ausserbetriebnahme der bestehenden Atomkraftwerke geregelt und ein entsprechendes Ausstiegsszenario konkretisiert werden.

Gebäude

Wir stellen uns hinter die energiepolitischen Effizienzziele im Gebäudebereich, wie sie die EnDK als „Eckwerte und Aktionsplan“ am 3. September 2011 verabschiedet hat. Die grosse Herausforderung wird aber sein, wie die Sanierungsquote des Bestands auf die energie- und klimapolitisch notwendigen drei Prozent pro Jahr angehoben werden kann. Die reine Anreizstrategie der EnDK ist nicht ausreichend.

Wir können uns im Rahmen der Energiestrategie 2050 deshalb vorstellen, dass der Bund auch im Gebäudebereich bestimmte übergeordnete Aufgaben wahrnehmen könnte, so z.B. bei der Durchführung von national einheitlichen Förderprogrammen (welche ohnehin der Bund aus der CO₂-Abgabe finanziert), bei nationalen Labels wie dem Energieausweis (und deren Verwaltung in einer nationalen Gebäudedatenbank, welche auch dem Vollzug von Steuerabzügen dienen könnte), bei der Vereinheitlichung von Gebäudestandards auf dem Binnenmarkt Schweiz oder bei der subsidiär notwendigen Einführung von Sanierungspflichten. In jedem Fall wären gewisse inhaltliche und zeitliche Vorgaben des Bundesgesetzgebers für die Energieeffizienz bei Gebäuden im vorliegenden Gesetzespaket erwünscht.

Mobilität

Offenbar ist eine steuerungswirksame Lenkungsabgabe auf Treibstoffe weder politisch machbar noch sind alle Vollzugsprobleme (Stichwort Tanktourismus) gelöst. Es fehlt eine moderate Lenkungsabgabe auf Treibstoffe, welche zu Konsumentenpreisen wie im umliegenden Ausland führen würde, im vorliegenden Gesetzespaket.

Umso wichtiger ist es, dass die CO₂-Emissionszielwerte für Neufahrzeuge ambitioniert sind, sich am Stand der Technik orientieren und laufend angepasst werden. In diesem Sinne begrüßen wir in der kurzen Sicht die vorgesehenen Änderungen von Art. 10 ff. des CO₂-Gesetzes, allerdings sollten für die Zeit nach 2020 weitergehende Zielsetzungen bereits verankert werden.

Elektrizitätsversorgung

Wir begrüßen die vorgesehene Effizienzverpflichtung der Energieversorgungsunternehmen. Ob allerdings das vorgeschlagene Modell, die Elektrizitätslieferanten (und nicht die Netzbetreiber) in die Pflicht zu nehmen, zweckmässig ist, muss noch einmal zusammen mit der Branche überprüft werden.

Industrie und Dienstleistung

Die Verstromung von (industrieller) Abwärme sollte mit dem KEV-Modell gefördert werden und nicht (nur) mit dem Modell der wettbewerblichen Ausschreibungen. Wir verweisen dazu auf die Stellungnahme des Kantons Luzern zur Parlamentarischen Initiative 12-400 UREK-N vom 13. November 2012 (Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher).

Deshalb lehnen wir Art. 33 Bst. c des Energiegesetzes ab und beantragen, stattdessen in Art. 18 Abs. 1 auch „Energie aus Abwärme“ als am Einspeisevergütungssystem teilnahmeberechtigt aufzunehmen. Für die Nutzung von industrieller Abwärme für die Verstromung eignet sich das Instrument der wettbewerblichen Ausschreibungen nicht. Der Zeitpunkt der Realisation ist meist an betrieblich notwendige Investitionen gebunden und kann daher nicht von den Zyklen der wettbewerblichen Ausschreibung abhängig gemacht werden. Die Verstromung industrieller Abwärme soll mit der KEV gefördert werden.

Die Befreiung von Abgaben (KEV-Zuschlag, CO₂-Abgaben) ist zwingend mit entsprechenden zusätzlichen, überprüfbaren Effizienzverpflichtungen zu verknüpfen.

Erneuerbare Energien

Wir begrüßen eine national koordinierte und harmonisierte Planung zum Ausbaupotenzial der erneuerbaren Energien und dass die Interessenskonflikte zwischen Klima-, Gewässer- und Landschaftsschutz sowie Raumplanung konstruktiv gelöst werden sollen. Wir erachten dies als vertrauensbildende Massnahme im Zielkonflikt zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und den Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes. Im Kanton Luzern sind wesentliche Elemente einer solchen Planung bereits vorhanden (Wasserkraft, Windkraft, Grundlagen zur Geothermie, etc.).

Wir bedauern die Zurückhaltung bei der Förderung der Photovoltaik, welche dennoch ab 2035 rund die Hälfte der Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien beisteuern soll. Im Wissen um die beschränkten Fördermittel aus dem Stromzuschlagsmodell sollte ein Weg gefunden werden, nebst dem Modell der kostendeckenden Vergütung andere Fördermodelle mit teilweiser Kostendeckung (beispielsweise in Verbindung mit der Eigenverbrauchsregelung und/oder mit dem Net Metering) zu entwickeln.

Fossile Kraftwerke

Wir erachten die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus fossiler Primärenergie nicht als unterstützungswürdig und lehnen deshalb die Einführung eines WKK-Vergütungssystems ab. Stattdessen setzen wir in diesem Bereich auf einen regulatorischen Ansatz, wie er in unserem Entwurf zum neuen kantonalen Energiegesetz angedacht ist: Für fossile betriebene Wärmeenergieerzeugungsanlagen sollte ab einer festzulegenden Grösse die WKK entschädigungs-

los Pflicht sein. Dies stärkt in der Wirkung die Marktchance lokaler und regionaler Energieträger (Holz, Biomasse, Geothermie).

Netze

Der Erleichterung des Netzumbaus und -ausbaus geben wir hohe Priorität. Wir begrüßen die vorgeschlagenen Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung.

Freundliche Grüsse



Robert Küng
Regierungsrat

Beilage:
Fragebogen

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050	1
Allgemeine Fragen	2
Kernenergiegesetz	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz.....	3
Energieeffizienz.....	3
Gebäude.....	3
Mobilität	4
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	5
Industrie und Dienstleistungen.....	6
Erneuerbare Energien.....	6
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	8
Einspeisevergütungssystem.....	8
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen.....	9
Netzzuschlag	10
Fossile Kraftwerke.....	10
Netze	11

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Energiestrategie 2050 wird in ihren Grundsätzen und Stossrichtungen unterstützt. Sie deckt sich mit dem vom Kanton Luzern seit dem Planungsbericht Energie 2006 eingeschlagenen Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Der Kanton Luzern begrüsst eine zielorientierte Federführung des Bundes in der schweizerischen Energie- und Klimapolitik.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Vorgehen in zwei Etappen birgt die Gefahr, dass notwendige Weichenstellungen, die vor allem aus klimapolitischen Gründen dringend sind, zu lange verzögert werden. Der Übergang von einer Politik mit Planungen, Anreizen (KEV, Gebäudeprogramm, etc.) und Effizienzverpflichtungen (CO₂-Ausstoss, Elektrizität) hin zu einer Politik mit stärkerer, ökonomischer Lenkung (mit Lenkungsabgaben und einer ökologischen Steuerreform) und mit klaren regulatorischen Rahmenbedingungen (z.B. im Gebäude- und Mobilitätsbereich) sollte so rasch als möglich vorangetrieben werden. Für eine Übergangszeit sind wir aber mit dem vorgeschlagenen Instrumentenmix im Wesentlichen einverstanden.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Zeitpunkt des Betriebsendes von AKW ist bereits heute festlegen, um Investitionssicherheit zu geben.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Art. 2: Vorgeschlagen wird ein proaktives Vorgehen: Markt- und Technikentwicklungen sind für Zwischenziele zu berücksichtigen resp. für ambitioniertere Ziele zu verwenden.

Art. 4 Abs. 2: Quantifizierbare Ziele sind im Gesetz festzulegen. Dagegen lehnen wir die Ziele für den Ausbau der Elektrizität aus WKK-Anlagen (Art. 3) ab.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eigentlich bräuchte es möglichst rasch eine Lenkungsabgabe (nicht erst 2020). Die Erhöhung der Sanierungsrate kann nicht allein mit einer erhöhten Fördersumme erreicht werden, sondern es braucht auch regulatorische Ansätze. Es stellt sich die Frage der Einführung einer Sanierungspflicht.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☒ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☐ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Bund soll mit CHF 600 Mio. zentral (z.B. als Stiftung) ein nationales Programm führen, die Durchführung über die Kantone ist ineffizient.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinquies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Klare Bedingungen für Gesamtanierungen sind zwingend. Es sind dazu z.B. die Kriterien der GEAK-Systematik zu verwenden. Für energiebezogene Daten von Gebäuden ist eine Datenbank, ausgehend vom Gebäude- und Wohnregister GWR, aufzubauen.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die technologische Entwicklung ist zu beobachten und allenfalls ist ein tieferer Wert einzu-

setzen.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die technologische Entwicklung ist zu beobachten und allenfalls ist ein tieferer Wert einzusetzen.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Ja gilt als Zustimmung zur Forderung nach mehr Stromeffizienz; Lösungsansätze sind dabei mit der Stromwirtschaft zu entwickeln.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Abgelehnt wird Art. 33 Bst. c, weil sich das Instrument der wettbewerblichen Ausschreibungen für die Nutzung von industrieller Abwärme für die Verstromung nicht eignet. Der Zeitpunkt der Realisation ist meist an betrieblich notwendige Investitionen gebunden und kann daher nicht von den Zyklen der wettbewerblichen Ausschreibung abhängig gemacht werden. Die Verstromung industrieller Abwärme soll mit der KEV gefördert werden.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei allen diesbezüglich vorgeschlagenen Planungen ist eine sachgerechte Abwägung zwischen Schutz- und Nutzinteressen erforderlich. Auf eine einseitige und unverhältnismässige Förderung einzelner Energieträger ist zu verzichten.

Der Gesamtgebäudebestand der Schweiz wird auf 1.81 Mio. Gebäude geschätzt. Maximal 90'000 (5%) Gebäude dürften als Denkmal geschützt sein. 180'000 bis 270'000 Gebäude (10-

15%) dürften in einem Kontext von denkmalpflegerischem Interesse stehen (Ortsbilder, Ensembles). Hingegen sind bei 85-90% des Gebäudebestandes keine denkmalpflegerischen Einschränkungen notwendig. Vor der Beeinträchtigung von Denkmälern und Ortsbildern ist das riesige, denkmalpflegerische unproblematische Potenzial zu nutzen und zu priorisieren. Einzelne Massnahmen der Energiestrategie sollen gegenüber Massnahmen am historischen Bestand (z.B. Energieeffizienz der Gebäudehüllen von Kulturdenkmälern, Photovoltaikanlagen, Ausbau historischer Kraftwerke) priorisiert werden. Priorität bei der Bundesförderung von standortunabhängigen Photovoltaikanlagen sollten grössere Anlagen auf grösseren Dachflächen (Industriegebäude, Supermärkte, Verwaltungsgebäude usw.) in den Industrie- und Gewerbebezonen sowie auf Neubauten haben, wodurch ein unproblematisches, beachtliches Potenzial als erstes ausgeschöpft wird.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei allen diesbezüglich vorgeschlagenen Planungen ist eine sachgerechte Abwägung zwischen Schutz- und Nutzinteressen erforderlich. Auf eine einseitige und unverhältnismässige Förderung einzelner Energieträger ist zu verzichten.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Erarbeitung muss unter Berücksichtigung von Schutzinteressen und dem Nutzen für die Stromproduktion erfolgen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass beispielsweise im Bereich Wasserkraft unnötigerweise die letzten unberührten Bäche mit negativen Auswirkungen auf die Wasserlebewesen und die Fischerei genutzt werden, ohne dass damit ein bedeutender Anteil an erneuerbaren Energien produziert wird.

Es ist festzuhalten, dass das nationale Interesse an erneuerbaren Energien nicht pauschal und in jedem Fall über das gleichberechtigte öffentliche Interesse an der Erhaltung historischer Kulturdenkmäler gestellt werden kann. Gebäude von denkmalpflegerischem Interesse müssen die

Energiestandards nicht wie Neubauten oder allgemeine Altbauten erfüllen. In den verschiedenen Normenwerken ist festzuschreiben, dass die einzelne energetische Massnahme das Baudenkmal nicht beeinträchtigen darf. Die Anwendung von weniger rigorosen Standards und Normen bei Kulturdenkmälern (d.h. bei weniger als 5 % des Gebäudebestandes) gefährdet die Energieziele nicht.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Art. 17 Abs. 1 Bst. b darf aber nicht mehr wie heute dazu führen, dass unregelmässig produzierter Strom aus Abwärme von fossil betriebenen Anlagen der Abnahme- und Vergütungspflicht nicht untersteht (Beispiel Verdichterstation Transitgas). Dies ist zu korrigieren.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja deshalb, weil gemäss Umweltschutzgesetz eine verursachergestützte Finanzierung für KVA und ARA aus den Entsorgungsgebühren erfolgt. Dagegen ist in Art. 18 Abs. 1 die Abwärme als zusätzlicher Tatbestand zur Teilnahme am Einspeisevergütungssystem aufzunehmen

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist anzustreben, neben der KEV mit 100 % Kostendeckung eine Teil-Förderung mit reduzierten Fördersätzen einzuführen, die in Verbindung mit der Eigenverbrauchsregelung und/oder dem Net Metering) zu einem rascheren PV-Ausbau führt.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☐ Einmalvergütung
☒ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Z.B. regulatorische Regelung, d.h. Pflicht zum Einsatz von WKK bei bestimmten fossil betriebenen Anlagekategorien (z.B. Prozesswärme ab einer Mindestgrösse von 1MW Leistung) jedoch ohne Vergütung.

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: